V.

Die Armenärzte.

Als **Armenärzte** haben wir bestellt für:
1) Gohlis I, II, III und Eutritzsch
Herrn Dr. med. Geißler in Gohlis.
2) Neuschönefeld, Neustadt, Volkmarsdorf IV
Herrn Dr. med. Gräber in Reudnitz.
3) Volkmarsdorf I, II, III und Alt-Sellerhausen
Herrn Dr. med. Näßler in Volkmarsdorf.
4) Reudnitz IV und Neureudnitz-Thonberg
Herrn Dr. med. Tschäche in Neureudnitz.

VI.

Die Hilfe für arme Wöchnerinnen.

In Ansehung der **Hebammenhilfe für arme Wöchnerinnen** bewendet es bei unserer Bekanntmachung vom 15. Februar 1881, wonach im Falle der Zahlungsunfähigkeit die Hebamme ihre Rechnung, nach den in dieser Bekanntmachung geordneten Sätzen aufgestellt, bei deren Verlust binnen vier Wochen von der Geburt ab beim Armenamte mit dem Antrage auf Zahlung aus der Armencasse einreichen kann.

VII.

Die Armenbegräbnisse.

Die **Besorgung der Armenleichen** liegt nach dem auch für die neuen Stadtbezirke in Kraft getretenen §. 3 der Begräbniß- und Friedhofsordnung für die Stadt Leipzig den Leichenfrauen und zwar einer jeden für ihren Bezirk ob.

Die Stellung der **Leichenfuhren** und die **Lieferung der Särge** haben wir der Actiengesellschaft für Fuhrwesen M. Ritter übertragen.

Leipzig, den 23. December 1889.

Das Armen-Directorium.
Ludwig-Wolf.

Bekanntmachung.

Für Unterlassung von Neujahrsgratulationen haben an den unterzeichneten Verein gezahlt:

Herr Dr. med. Ahrens	ℳ 6,00.
" Reichsgerichtsrath Dr. Dreyer	" 6,00.
" H. Schnorr	" 6,00.
" Justizrath Dr. Fels	" 6,00.
" Ing. Siebert	" 6,00.
" Baudirector O. Dalchow	" 6,00.
" Rechtsanwalt Karl Schrey	" 6,00.
" Moritz Merseb	" 6,00.
" Robert Lene	" 6,00.
" Stadtrath Regel	" 6,00.

worüber hiermit dankend quittirt wird.

Leipzig, den 25. December 1889.

Der Vorstand des Samariter-Vereins.
Schnorr, Schatzmeister.

Die Zustände in Italien.

Ein beklagenswerthes Zeichen der italienischen Zustände ist das Fortbestehen der irredentistischen Bewegung trotz aller Bemühungen der Regierung, ihr Einhalt zu thun. Die „Opinione" fertigt die sehr bedenklichen Vorgänge der letzten Tage mit der kurzen Bemerkung ab, daß die irredentistischen Erinnerungsfeste republikanische Kundgebungen seien, welche den Zweck hätten, der monarchischen Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Dieselben könnten jedoch weder die Allianzpolitik, noch die herzlichen Beziehungen Italiens zu Oesterreich-Ungarn beeinträchtigen. Daß die Regierung diesen Kundgebungen feindlich gegenübersteht, bezweifelt überhaupt Niemand, daß sie aber trotzdem so große Ausdehnung und solche Bedeutung erlangen konnten, wie thatsächlich geschehen, ist das Schlimme daran. Der berüchtigte Abgeordnete für Bari, Imbriani, erklärte am 20. December in der Kammer: Erinnert euch, daß heute der Jahrestag des Märtyrertodes Oberdank's ist, jenes Helden, der mit dem Namen „Italien" auf den Lippen starb. Und als die Mehrheit mit Rufen der Entrüstung antwortete, schrie Imbriani: „Ihr seid nicht werth zu sterben, wie Oberdank starb." Die Studenten in Rom veranstalteten eine große Feier zum Gedächtniß Oberdank's. Nach einer Bayfeier im Atrium der Universität zogen sie auf das Capitol, wo die Hauptfeier im Garibaldisaale stattfand. Ein Student feierte vor der bekränzten Büste Garibaldi's den Märtyrer von Triest. Dann zogen mehrere hundert Studenten unter Hochrufen auf Oberdank und Verentrufen auf Oesterreich vor Oberdank's einstige Wohnung, und der Lärm nahm erst ein Ende, als die Polizei ihres Amtes waltete und dagegen einschritt.

In Neapel wurde ebenfalls eine Kundgebung für Oberdank auf der Straße durch die Verhaftung mehrerer Studenten beendet, und fast in allen Städten feierte die radicale Partei Oberdank. Auf dem Grabe Cairoli's legte eine Abordnung aus Triest einen Bronzekranz mit irredentistischer Inschrift nieder, vom Hause des Oberdank-Clubs wehte eine rothe Fahne mit der phrygischen Mütze, und als ein Leichenzug an dem Gebäude der österreichischen Botschaft vorüberging, hielt die Musik mit dem Spiel der Garibaldihymne inne und die Fahnentücher wurden von den Fahnenstangen abgelöst. Ueberhaupt trug die ganze Feier einen durchaus feindseligen Charakter gegen Oesterreich. Und diese Stimmung hielt an. Noch am 23. December hatten sich 18 radicale Vereine an dem Leichenbegängniß des Garibaldischen Officiers Ferrari betheiligen wollen; verließen aber den Zug, als der monarchische Veteranenverein unter Vorantragung der Fahne mit dem königlichen Wappen sich dem Zuge anschloß.

Das sind Zeichen einer vorhandenen Gährung, welche sich mit Ruhe und Ordnung nicht vertragen, und wenn eine Regierung nicht stark genug ist, sie zu verhindern, so ist sie nicht vollständig Herrin der Lage. Es ist wohl bekannt, daß in Italien ein hoher Grad von politischer Freiheit besteht, daß jede politische Meinung sich frei und offen äußern darf, aber diese Freiheit hat auch ihre Grenzen. Crispi sah sich veranlaßt, gegen die Ausschreitungen der sogenannten Friedensvereine mit Strenge aufzutreten und ihre Versammlungen im ganzen Lande zu verbieten, warum sollte eine gleiche Maßregel sich nicht ausführbar erweisen gegenüber den Oberdankvereinen? Es kann in Oesterreich unmöglich gleichgiltig lassen, wenn in ganz Italien der Ruf nach Vereinigung Triests mit der italienischen Monarchie erschallt, und es kommt dabei nur wenig in Anschlag, daß diejenigen, welche diesen Ruf erheben, der Mehrzahl nach Republikaner sind. So viel Macht besitzt die Sache der Monarchie in Italien, daß sie eine republikanische Schilderhebung niederschlagen kann, aber sie hat sich bisher nicht stark genug erwiesen, die irredentistische Bewegung zum Schweigen zu bringen. Es ist leicht gesagt, daß man die Leute ruhig in ihrem Treiben gewähren lassen könne, weil sie ja doch ihren Zweck nicht erreichen können, aber diese unaufhörliche lärmende Erinnerung an eine längst geschlossene Frage macht böses Blut und schadet den guten Beziehungen Italiens zu Oesterreich-Ungarn, wenn sie auch nicht ausreicht, um den Dreibund zu sprengen oder ihn Gefahren zu bringen. Es fällt uns Nordländern schwer, uns in diese romanischen Anschauungen hineinzufinden. Vielleicht denkt man in Italien darüber anders, vielleicht betrachtet man die Kundgebungen für Oberdank und für die Republik dort als ein unvermeidliches Uebel, was man in den Kauf nehmen müsse, um größeren Unannehmlichkeiten zu entgehen, aber Vorgänge, wie sie der 20. December in ganz Italien gebracht hat, dienen sicher nicht dazu, Ruhe und Ordnung im Lande zu befestigen.

Es liegt noch ein anderer Fall vor, welcher charakteristisch ist für die italienischen Zustände. Bekanntlich hatte Graf Greppi, der frühere Vertreter Italiens in St. Petersburg, eine Reihe von Artikeln in der Mailänder „Perseveranza" veröffentlicht, welche er dem russischen Minister des Auswärtigen, v. Giers, in Form einer Broschüre übersandte. Die Hauptstelle der Greppischen Artikel führte aus, daß es der deutschen Schlauheit gelungen sei, die zwischen Italien und Frankreich bestehende Eifersucht so auszubeuten, daß Italien es fast als eine Wohlthat angesehen habe, in den Dreibund eintreten zu dürfen. Italien sei aber berufen, die Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Frankreich zu übernehmen. Zunächst sei eine Annäherung an den heiligen Stuhl anzustreben, dann sei das formelle Bündniß mit den Centralmächten zu lösen. Rußland habe bis jetzt in allen Fragen geduldige Mäßigung gezeigt, seine Zukunft liege in Asien. Die Befürchtung, Rußland gedenke seine Herrschaft bis an das Adriatische Meer auszudehnen, sei übertrieben. In Rußland hätte Italien einen nützlichen Freund gewinnen können, der russische Hof wäre dem Hause Savoyen günstig gesinnt. Giers schrieb hierauf an den Grafen Greppi, daß ihn seine Darlegung der politischen Verhältnisse in der Auffassung bestärkt habe, welche er sich über die politische Lage gebildet habe. Dieser Brief ist in die Oeffentlichkeit gelangt und hat natürlich in italienischen Regierungskreisen keinen angenehmen Eindruck gemacht. Anderseits ist nicht zu verkennen, daß Herr v. Giers wahrscheinlich zurückhaltender gewesen wäre, wenn er eine solche Indiscretion vorausgesetzt hätte. Der üble Eindruck in Rom ist durch einen Besuch des Herrn v. Giers wieder verwischt worden, welchen dieser dem italienischen Botschafter Baron Marochetti in St. Petersburg abgestattet und bei welchem er sein Bedauern über das Verhalten des Grafen Greppi ausgedrückt hat. Die „Riforma" hat diese Höflichkeit des Herrn v. Giers dadurch erwidert, daß sie von derselben Kenntniß nimmt und die Abberufung des Grafen Greppi aus St. Petersburg dadurch begründet, daß Graf Greppi es nicht verstanden hat, die russisch-italienischen Beziehungen in dem Geiste zu pflegen, welcher in den internationalen Verbindungen Italiens keinerlei Hinderniß findet.

Die Regierung Italiens begegnet auf Schritt und Tritt Bestrebungen, welche sich in Gegensatz zu ihrer inneren und auswärtigen Politik, besonders aber zu der letzteren setzt. Man möchte sagen, daß ein Theil des italienischen Volkes noch in den politischen Kinderschuhen steckt, sie haben sich in die neuen Verhältnisse noch nicht hineinzufinden vermocht und kranken noch an den Wirkungen der Vergangenheit. Der Despotismus, welcher unter der Herrschaft der Könige beider Sicilien in Süditalien seinen Einfluß übte, und die Verhältnisse, welche sich im Kirchenstaat und in Norditalien unter österreichischem Regiment herausgebildet hatten, haben eine Generation großgezogen, welche die Vorzüge der Gegenwart theils nicht versteht, theils nicht zu würdigen weiß. Vor ihrem Geiste verschwimmen die Gestalten Victor Emanuel's, Garibaldi's und Mazzini's in ein nebelhaftes Ganzes, über dessen Unvereinbarkeit sie sich nicht hinreichend Rechenschaft geben kann.

Leipzig, 25. December.

* Der Kaiser ist von seinem leichten Unwohlsein jetzt wieder gänzlich hergestellt. Am Sonntag früh erschien der Monarch bereits wieder zur gewohnten Stunde in seinem Arbeitscabinet. Montag Morgen unternahm der Kaiser schon vor 10 Uhr einen kurzen Spaziergang in die nächste Umgebung des Neuen Palais. Von demselben zurückgekehrt, ließ der Kaiser sich Vorträge von den Chefs des Civil- und des Militaircabinets halten.

* Friede auf Erden, so lautet das schöne Weihnachtswort. Wohl hat das dem Ende zueilende Jahr uns den äußeren Frieden erhalten und wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß Dank dem Vertrauen in Deutschland Friedensliebe und kriegerische Kraft der Frieden auch im nächsten Jahre uns erhalten bleibt. Nicht in dem gleichen Maß, wie nach außen, hat uns im Innern der Friede geblüht. Zu dem Hader der Parteien, welcher trotz der eindringlichsten Mahnung von den Stufen des Thrones zur Sammlung aller staatserhaltenden Elemente in unerfreulicher Weise fortdauert, sind in weiten Kreisen des deutschen Erwerbslebens schwere wirthschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinzugetreten, welche zwar in der Hauptsache beigelegt sind, aber nicht nur vorübergehend zu schweren Störungen des heimischen Wirthschaftslebens geführt, sondern auch das früher zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestandene Vertrauensverhältniß mehrfach erschüttert haben. Die neuesten Vorgänge im Ruhr- und Saarkohlenrevier zeigen nur zu deutlich, daß, so lange dies Vertrauensverhältniß nicht im vollen Umfange wiederhergestellt ist, der Boden zur Hervorrufung neuer Wirren nur zu geeignet ist und es des geringsten Anlasses bedarf, um solche wiederum zu entfesseln. Hier also ist der Punct, an welchem eingesetzt werden muß, wenn der für die gedeihliche Fortentwickelung des deutschen Erwerbslebens so unerläßliche wirthschaftliche Frieden im nächsten Jahre gesichert werden soll. Man sollte meinen, daß zwischen zwei Berufskreisen, deren Wohl und Wehe gleichmäßig von dem Gedeihen der heimischen Industrie abhängt, sich mit dem Bewußtsein der Interessengemeinschaft von selbst ein Verhältniß gegenseitigen Vertrauens herstellen müßte. Auch wird man angesichts des weitgehenden Entgegenkommens, durch welches die Arbeitgeber bei den jüngsten Streitigkeiten die Wiederherstellung des Friedens gesichert haben, und der einigen Bemühungen, den Arbeitern eine ihren Interessen entsprechende Organisation zu schaffen, anerkennen müssen, daß die Arbeitgeber nicht nur den Arbeitern mit vollem Vertrauen entgegenkommen, sondern auch volles Vertrauen verdienen. Sache der Arbeiter ist es jetzt, in die ihnen gebotene Hand einzuschlagen und so das feste Band gegenseitigen Vertrauens, welches früher Arbeitgeber und Arbeiter zu beiderseitigem Vortheil verband, wiederherzustellen. Dann wird das Weihnachtswort zur vollen Wahrheit: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!"

* Der Reichstag wird nach Wiedereröffnung seiner Sitzungen zunächst die Etatsberathung in zweiter Lesung erledigen. Es sind neben einigen kleineren Etats und etlichen zurückgestellten Positionen noch der Militair- und Marineetat zu erledigen. Mit dieser Arbeit wird man in etwa acht Tagen fertig werden können. Alsdann soll die zweite Lesung des Socialistengesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werden.

* Aus Berlin wird gemeldet: Den Vorgängen in Brasilien hat man hier in leitenden Kreisen bisher durchaus bedachtsam gegenüber gestanden. Jetzt hat es den Anschein, als ob die inzwischen eingegangenen Berichte keineswegs den anfänglich verbreiteten Nachrichten zur Seite ständen, welche meldeten, daß Ruhe und Sicherheit von der eingetretenen Umwälzung unberührt geblieben wären. Es wird daher thatsächlich erwogen, ob auch von Deutschland aus zum Schutze der vielen deutschen Staatsangehörigen in Brasilien ein Kriegsschiff dahin entsendet werden soll, wie denn die gleiche Maßregel bereits von England, Frankreich und Italien beschlossen ist. Es würde eintretenden Falles vielleicht eines der bereits auf einer auswärtigen Station befindlichen Schiffe entsendet werden.

* Dem Vernehmen nach soll es nicht ausgeschlossen sein, daß der in den Bundesraths-Ausschüssen zur Zeit in Berathung befindliche Gesetzentwurf über Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten und Einigungsämtern seitens der preußischen Regierung, ehe diese ihr Votum im Plenum des Bundesrathes abgiebt, dem Volkswirthschaftsrathe zur Begutachtung vorgelegt wird. Die Erfahrung, welche die preußische Regierung in anderen Fällen mit der Einholung der Gutachten dieser aus Männern des praktischen Lebens bestehenden Körperschaft gemacht hat, sind nur geeignet, die Berufung dieser letzteren auch in dem jetzigen Falle angezeigt erscheinen zu lassen.

* In der die gewerbepolitische Reaction befürwortenden Presse wird die Thatsache auszubeuten versucht, daß bei der Berathung über den Antrag Ackermann-Aichbichler wegen Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises für die Handwerker von den größeren Fractionen allein die nationalliberale vollständig geschwiegen habe. Es soll darin ein augenfälliger Beweis von Mangel an Interesse für die Bedürfnisse und Leiden des Kleingewerbestandes enthalten sein. Die „Kreuzzeitung" weiß sogar zu versichern, daß die Nationalliberalen für den Handwerker nichts thun wollen, daß für sie die sociale Frage lediglich in der Wahrung der Interessen des Großcapitals bestehe, wie sie es denn in der schleunigen Fertigstellung der Bankgesetznovelle auch bewiesen hätten. Derartige Verleumdungen sind uns nichts Neues, und wir haben nicht erst nöthig, sie zum hundertsten und tausendsten Male zurückzuweisen. Alle Welt weiß, daß die nationalliberale Partei die durch die gewaltige Umwälzung der Productionsweise für das Kleingewerbe entstandene Bedrängniß stets anerkannt und daß sie sich an der Aufsuchung von Abhilfemitteln, soweit diese in der Gesetzgebung etwa gefunden werden konnten, stets in der wohlwollendsten Absicht betheiligt hat. Insbesondere weiß alle Welt, oder sollte es wenigstens wissen, daß die gesundeste Frucht, welche die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Handwerkerfrage geliefert hat, das Innungsgesetz, nur mit Hilfe der Nationalliberalen zu Stande gekommen ist. Wo die Nationalliberalen aber sich gegen weitere aus der unermüdlichen Gesetzesfabrik Ackermann-Aichbichler stammende Vorschläge ablehnend verhalten haben, da haben sie das lediglich nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung von dem wohlverstandenen Interesse des Handwerkers selbst gethan. Oft genug haben ihre Redner im Reichstage gewarnt vor einer Politik, die ihr Heil in dem Zurückgreifen auf abgestorbene Formen der Vergangenheit sucht, dadurch unerfüllbare Hoffnungen erweckt und auf dem Felde des wirklich Erreichbaren die Thatkraft lähmt. Auf diesem Standpuncte steht die Partei, wie hinlänglich bekannt, auch dem Befähigungsnachweise gegenüber. Des Oefteren haben ihre Redner erklärt, daß sich über einen Prüfungszwang für Bauhandwerker reden lasse, daß aber die Wiedereinführung des „Meisterstücks" für das gesammte Handwerk eine Chimäre sei, deren weitere Verfolgung nur dem Fortschreiten auf dem Wege wirklicher Reform hinderlich sein könne. Diesen Standpunct würden die Nationalliberalen auch diesmal am 13. December haben betonen lassen, wenn sie nicht durch die Freunde des Antrags Ackermann daran verhindert worden wären. Die Sitzung, die letzte vor den Ferien, war bekanntlich auf der Rechten überaus stark, auf der Linken ungemein schwach besucht, die Verhandlung war — man verzeihe den Ausdruck — eine reine Komödie. Unter diesen Umständen stimmten die Nationalliberalen für die Vertagung. Die Rechte aber lehnte die Vertagung ab und beantragte und beschloß unmittelbar darauf den Schluß der Debatte. So tragen die Schuld an dem Schweigen der Nationalliberalen lediglich diejenigen, die ihnen jetzt Vorwürfe deswegen machen.

* * *

* Mit großer Beharrlichkeit wird von einigen österreichischen Blättern das Gerücht verbreitet, daß auf Veranlassung der Regierung ernstliche Versuche gemacht werden, eine Versöhnung der Deutsch-Böhmen mit den Czechen herbeizuführen, und es ist von Besprechungen die Rede, welche in dieser Angelegenheit zwischen dem Grafen Taaffe und dem Fürsten von Schönburg als hervorragendem Vertreter der deutschen Partei stattgefunden haben sollen; aber bestimmte zuverlässige Angaben über diese angeblichen Verhandlungen fehlen. In deutschen Kreisen scheint man sich von diesen Bemühungen keinen großen Erfolg zu versprechen; man glaubt nicht an die Möglichkeit eines freundlichen Entgegenkommens von czechischer Seite und hat nach den Erfahrungen, die man nach dieser Richtung gemacht hat, auch keinen Grund, es zu thun. Unterdessen werden die Vorbereitungen für den deutsch-böhmischen Parteitag, der am 26. Januar in Teplitz zusammentritt, mit großem Eifer betrieben. Eine stattliche Reihe der bedeutendsten Parteigenossen hat bereits ihr Erscheinen versprochen, und von den deutschböhmischen Reichsraths- und Landtagsabgeordneten wird wohl keiner versäumen, dem Parteitage beizuwohnen. Die deutschböhmischen Städte werden theils durch ihre Bürgermeister vertreten sein, theils durch Mitglieder ihrer Stadträthe. Ueber die Geschäftsordnung des Parteitages sind noch keine Bestimmungen getroffen worden, doch verlautet, daß Dr. von Plener über die politische Lage, Director Schlesinger über das deutsche Schulwesen in Böhmen, Dr. Hallwich über die von den Czechen geplante Landesausstellung und Krzepek über landwirthschaftliche Fragen berichten wird.

* Aus Brüssel wird gemeldet: „Bei dem letzten Diner am Brüsseler Hofe nahm König Leopold Veranlassung, sich mit Mitgliedern der Deputirtenkammer über verschiedene politische Angelegenheiten zu unterhalten. Da die Unterhaltung auch auf die Artikel der „Nouvelle Revue" der Mad. Adam kam, in welchen seit zwei Jahren behauptet wird, daß ein geheimer Vertrag zwischem dem Könige der Belgier und Deutschland abgeschlossen ist, protestirte Leopold II. energisch gegen die Existenz eines solchen Vertrages. „Keiner von uns, Sire", äußerte ein Deputirter, „hat jemals an diese angebliche Enthüllung geglaubt." Der König ist allzu sehr von der Nothwendigkeit der belgischen Neutralität durchdrungen, als daß er irgend welche Verträge abschließen könnte, welche diese Neutralität gefährden. Dieses königliche Dementi wird natürlich die „Nouvelle Revue" nicht verhindern, nach wie vor zu behaupten, daß Leopold II. Belgien an Deutschland „verkauft" habe. Hatte man doch sogar die Veröffentlichung des geheimen Vertrages in Aussicht gestellt. Trotz dem von der belgischen Presse geäußerten Wunsche, den Text publicirt zu sehen, ist aber mehr als ein Jahr verstrichen, ohne daß die „Nouvelle Revue" sich veranlaßt fühlte, diesem Verlangen zu entsprechen."

* Das englische Parlament, das den Herbst hindurch seine Ferien gehabt, ist auf den 11. Februar wieder einberufen. Es mag einigermaßen befremdend erscheinen, daß die Parlamentsferien in diese Jahreszeit fallen und nicht in den Sommer, allein London und insonderheit seine Witterungsverhältnisse sind wesentlich verschieden von denen anderer Großstädte. Wie schon das gesellschaftliche Leben seinen Höhepunct, „die Saison", im Frühling und Frühsommer hat, wie die Mehrzahl der oberen zehn Tausend nur von Mai bis Mitte Juli in der Reichshauptstadt weilt, so ist für die Session des Parlaments dieser Zeitpunct nach beiden Enden hin weiter ausgedehnt. Dieselbe beginnt gewöhnlich im Februar und läßt seine Mitglieder den ganzen Sommer hindurch bis Ende August oder auch bis in den September hinein in der Hauptstadt zurück. Denn mag auch London zur Sommerszeit keineswegs ein angenehmer Aufenthaltsort sein, so ist es doch in dem herbstlichen Nebel- und Winterwetter noch unleidlicher. Zudem fühlen sich die Herren Parlamentarier zu dieser Zeit durch die Jagd zu sehr an das Land gefesselt, als daß sie dasselbe gerade jetzt mit der Stadt vertauschen möchten. Daher die Parlamentsferien im Herbst und Winter, die nur durch den Nebelschwall politischer Parteiführer — und solcher, die es werden möchten — bei Festessen und Grundsteinlegungen, bei allen möglichen oder auch eigens dazu geschaffenen Gelegenheiten eine zeitweilige Unterbrechung erfahren.

* Der Präsident der französischen Republik ist an der Influenza erkrankt und muß das Bett hüten. Da auch mehrere Minister noch unwohl sind, unterblieb der letzte Ministerrath. Der Minister des Aeußern, Herr Spuller, wird kaum vor einigen Tagen das Zimmer verlassen dürfen.

* Nachdem die russische Regierung mit der Einführung von Russificirungsmaßregeln in den Ostseeprovinzen fertig geworden ist, wird sie wohl in derselben Absicht ihre ganze Aufmerksamkeit Finnland widmen und dort den lange vorbereiteten Kampf gegen die bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aufnehmen. Zwei Vorboten der Ereignisse, die den Finnländern bevorstehen, erkennt man in zwei Maßregeln, die in den letzten Tagen getroffen worden sind und in Helsingfors viel von sich reden machen. Beide betreffen sie die russische Sprache. Die ältere derselben besteht in einem Rundschreiben des Senats an alle Civilämter des Landes, in welchem sie daran erinnert werden, daß laut früherer Vorschrift allen denjenigen Personen, welche bei einer Bewerbung um einen öffentlichen Posten bessere Kenntnisse in der russischen Sprache bekunden, vor solchen den Vorzug zu geben ist, die weniger russisch verstehen. Die zweite Maßregel beschränkt sich zunächst auf den Magistrat in Helsingfors, dem auf Anordnung der Civilexpedition des Senats vom Gouverneur die Anweisung zugekommen ist, alle Schilder an den Thüren der Amtslocale auch mit russischen Inschriften zu versehen.

* Aus Brasilien liegen Nachrichten vor, aus denen sich ergiebt, daß die „Flitterwochen" der so überraschend schnell in die Wirklichkeit gesprungenen Republik entsprechend rasch dahin gegangen sind. Die Ausdehnung der Militairdictatur bis zum Ende des kommenden Jahres beweist, daß die neuen Machthaber keinen festen Boden unter sich fühlen, und aus den gegen den Kaiser beschlossenen Maßregeln ergiebt sich mit ziemlicher Sicherheit, daß jene nicht nur auf Widerstand secessionistischer Art, mit welchem die Verhaftung und in Anklagestand-Versetzung des Gouverneurs der Provinz Rio Grande do Sul, Martins, zusammenhängen dürfte, sondern speciell auch auf imperialistischen Widerstand trifft. Letzterem dürfte die kürzlich gemeldete, sofort aber von Rio de Janeiro aus als ganz unbedeutend und sofort unterdrückt dargestellte Militairevolte in der Hauptstadt entsprungen sein.

* Nach einer Depesche aus Rio de Janeiro erhielt das gegen den Kaiser Dom Pedro erlassene Verbannungsdecret die Einziehung seiner Güter zur und verbietet den Mitgliedern der kaiserlichen Familie auf 2 Jahre, den Boden Brasiliens zu betreten.

* Wie aus Zanzibar vom 23. December telegraphirt wird, ist das Befinden Emins ein viel besseres; derselbe ist jedoch sehr geschwächt und ruhebedürftig und halten es die deutschen Aerzte deshalb für unrathsam, daß derselbe Bagamoyo vor 3 Wochen verlasse.

Vermischtes.

— Wittenberg, 21. December. Der hiesigen Strafkammer wurde gestern, ungeladen zwar, aber doch mit entscheidender Wirkung für die verhandelte Sache, ein Hund vorgeführt. Der Arbeiter Schulze aus Pfaffendorf war vom hiesigen Schöffengericht wegen Thierquälerei bestraft worden. Er hatte einen Hund in eine Ecke getrieben und ihn dann durch anhaltende Peitschenhiebe in Aergerniß erregender Weise so gemißhandelt, daß der Hund über und über mit dicken Striemen bedeckt war. Schulze hatte gegen dies Urtheil Berufung eingelegt und gab gestern zu seiner Rechtfertigung an, daß er nur in der Nothwehr gehandelt habe, da er von dem Hunde wiederholt angefallen worden sei. Nun hatte aber der als Zeuge vorgeladene Eigenthümer des Hundes diesen mitgebracht; er erhielt die Erlaubniß, den Hund vorführen zu dürfen. Statt der erwarteten bissigen Bestie erschien nun ein allerliebster kleiner Mops, der mit seiner schweifwedelnden Freundlichkeit selbst die ernsten Richter zum Lächeln nöthigte. Mit saurer Miene mußte der Angeklagte zugeben, daß dies der von ihm gefürchtete Hund war. Nun wurde er allerdings mit seinem Einwand und mit seiner Berufung kostenpflichtig abgewiesen.

— Paris, 22. December. Die Grippe ergreift weitere Kreise und ist neuerdings von ernstlichen Krankheitserscheinungen begleitet. Verschiedene Todesfälle und schwere Erkrankungen werden gemeldet. Man schreibt die Verschlimmerung dem Umstande zu, daß die von der Krankheit ergriffenen Personen sich nicht genügend schonen und die gebotenen Vorsichtsmaßregeln versäumen. Im Befinden des Präsidenten Carnot ist eine Besserung eingetreten und Frau Carnot ist fast wieder hergestellt. Auch in der Provinz kommen viele Erkrankungen vor; das 6. Husarenregiment in Bordeaux hat 200 Kranke. Die Influenza, welche von Paris über die Provinzen sich ausbreitet, wüthet in unerhörter Weise. Unter 492 Schülern des Polytechnicum sind 400 Erkrankungen festgestellt. Ein Schüler Namens Grenier ist an der Influenza gestorben. Nach Angabe der Blätter wären bisher 600 000 Influenza-Erkrankungen vorgekommen.

Unserer heutigen Stadtauflage liegt ein Theil — wir wiederholen nur ein Theil — der mit Recht beliebten praktischen illustrirten Frauenzeitung „Mode und Haus" bei, auf deren vielseitigen und interessanten Inhalt wir mit dem Bemerken hinweisen, daß „Mode und Haus" mit sämmtlichen Beilagen bei allen Buchhandlungen und Postanstalten nur 1 ℳ resp. 1 ℳ 25 ₰ vierteljährlich kostet (letzterer Preis schließt die Lieferung der werthvollen colorirten Modenbilder und Schnittmuster-Monogramme ein). „Mode und Haus" ist daher die weitaus billigste illustrirte Zeitschrift für die praktischen und idealen Bedürfnisse der gebildeten Damenwelt, welche in jedem praktische Ersparnisse anstrebenden Haushalt heimisch sein sollte.

Ball-Seidenstoffe v. 95 Pfge. bis 14.80 per Met. — glatt, gestreift u. gemustert — vers. roben- und stückweise porto- und zollfrei das Fabrik-Depot **G. Henneberg** (K. u. K. Hoflief.), **Zürich.** Muster umgehend. Briefe kosten 20 ₰ Porto.

Neujahrskarten,
neueste Muster,
in reichster Auswahl zu billigen Preisen
empfiehlt
Hugo Eckelmann,
Grimmaische Straße 23.

Für Wiederverkäufer.
Neujahr-Karten.
Nur neue Muster. — Großartige Auswahl.
Robert Halecker, Ritterstraße 11.
Wohnung 1 Treppe.

Ausstellung von Neujahrs-
Gratulations- und Witzkarten.
Größte und schönste Auswahl aller erschienenen Neuheiten nach den Preisen übersichtlich geordnet.
M. Apian-Bennewitz, Markt, Barthel's Hof, nur im Hofe parterre.
Der Engros-Verkauf befindet sich 1. Etage.

Die größte Auswahl der neuesten und geschmackvollsten
Gratulationskarten
für Neujahr und alle Gelegenheiten findet man bei
Friedr. Herm. Müller, Hallesche Str.
Wiederverkäufern höchster Rabatt.
Wegen Umbau Brühl 45.

Das ewige Feuer.
A. Beulshausen's
Patent-Ofen ꝛc. mit Grudefeuerung,
Plagwitz, Albertstraße 45,
Musterlager Leipzig, Katharinenstr. 16
Lager in Eisen-, Kurz-,
Glas-, Galanterie- und Spielwaaren
zu billigen Preisen.

Gummi-Waaren-Fabrik. Paris.
Feinste Specialitäten.
Zollfr. Versandt durch W. H. Mielck, Frankfurt a/M. Kaiserstr.
Special-Preisliste gegen 20 ₰ Portovergütung.